

**Pressemitteilung
Magdeburg, 21.05.2021**

Ministerin Dalberts Totalversagen am Holzmarkt - Preisverfall und Ramschpreise am Rohholzmarkt made in Sachsen-Anhalt

Mit Vorlage schriftlicher Belege fordert Waldbesitzerverband von der Politik Konsequenzen und in jedem Fall personelle Veränderung für die kommende Legislaturperiode!

Magdeburg, 21.05. 2021. Ein aus dem Bundeswirtschaftsministerium vorliegender Hintergrundvermerk vom 05. Mai 2021 offenbart, dass Sachsen-Anhalts Umwelt-ministerin Prof. Dr. psychol. Claudia Dalbert, maßgeblich den Preisverfall beim Rohholz zu Lasten der staatlichen und privaten Waldbesitzer mit verursacht hat.

Keine Ministerin darf Millionenverluste verursachen, die sie nachweislich hätte vermeiden können und müssen. Jede Landesregierung ist den Bürgern schuldig, dass mit Staats- und Privatvermögen sorgsam verfahren wird. *Bei den Waldschäden der Jahre 2018 bis 2020 hat Frau Dalbert dies zu Lasten des Staats- und Privatwaldes versäumt, indem Sie dem Holzpreisverfall freien Lauf ließ.* Der **Schaden dürfte bei rund 300 Mio. Euro für Sachsen-Anhalts Waldbesitzer** inklusive Landeswald liegen.

Was war der Ministerin pflichtwidriges Unterlassen? **Frau Dalbert versäumte in Gemäßheit des Forstschädenausgleichsgesetzes, den Holzeinschlag bundesweit, in nicht geschädigten Waldgebieten einschränken zu lassen.** Das Gesetz kann den Holzeinschlag einschränken, wenn dem Markt eine Schadholtzschwemme droht. Den Antrag dazu muss ein Bundesland stellen. Dies unterließ Sachsen-Anhalt! Mit einer solchen Einschränkung wäre verhindert worden, dass neben Schadh Holz, zu viel Frischholz auf den Holzmarkt kommt. Fachleute sind sich einig, dass dies vermutlich die Holzpreise rund 20 Euro weniger tief hätte absacken lassen, so der Vorsitzende des Waldbesitzerverbandes Sachsen-Anhalt, Franz Prinz zu Salm-Salm. Bei 15 Mio. Kubikmeter Schadh Holz hätte das einen rund 300 Mio. höheren Holzerlös für Staats- und Privatwald bedeutet.

Das Bundeswirtschaftsministerium vermerkt am 5. Mai ausdrücklich, dass die dafür zuständigen Bundesländer, diese Preisverfallsbremse, aus Eigeninteresse und Säumigkeit nicht auslösten, obwohl die Voraussetzungen dazu gegeben waren. Bitten des Privatwaldes dazu, wurden durch die Bundesländer, inklusive Sachsen-Anhalt von 2018 bis Ende 2020 ignoriert!

Der Preisverfall am Rohholzmarkt ist eine Pleite der obersten Forstbehörde, des Ministeriums und eine politische Pleite der Landesregierung. **Ministerin Dalbert, Staatssekretär Weber und der Forstabteilungsleiter als Forstchef, wären es den Bürgern schuldig gewesen, frühzeitig für die Inkraftsetzung des Forstschädenausgleichsgesetzes zu sorgen.** Allein sie unternahmen nichts.

Dass eine Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Millionenverluste verursacht, die sie nachweislich nicht nur hätte vermeiden können, sondern hätte vermeiden müssen, darf nicht passieren. Es ist demaskierend sich als oberste „Waldumbauerin“ aufzuspielen, dem Waldumbau aber die dazu erforderliche finanzielle Basis zu entziehen, indem man das **Verramschen des nachwachsenden Rohstoffs Holz** unverantwortlich befördert.

Die Beratungsresistenz und mangelnde fachliche Eignung von Frau Dalbert für ihr Amt, haben dem Waldumbau und allen Waldbesitzern massiven Schaden zugefügt. Die politische Konsequenz daraus muss sein, dass derart fachfremde und unfähige Personen in der kommenden Legislaturperiode keine Rolle mehr spielen dürfen! Alles andere führt nur zu steigender Staatsverdrossenheit in unserer Gesellschaft.

Der Sachverhalt ist ein Fall für den Landesrechnungshof. Im Übrigen wirft er die Frage an alle politisch verantwortlichen auf, wie sie sich eigentlich eine **Wiedergutmachung des Schadens**, gegenüber den Betroffenen vorstellen? **Amtshaftung** spielte in Sachsen-Anhalt noch nie eine Rolle. **Vorliegend dürfte sie ernsthaft gegenüber allen Verantwortlichen zu prüfen sein.**

Ergänzende Anlage

<https://69408.seu1.cleverreach.com/c/36547566/91b325c220c-qtgjv0>

Der **Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt** vertritt die berufsständischen, rechtlichen und forstpolitischen Interessen der privaten, kommunalen und kirchlichen Waldbesitzer in Sachsen-Anhalt gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften, politischen Parteien, Behörden, der Wirtschaft, der Medien und der gesamten Öffentlichkeit. Vorsitzender ist seit 2009 Franz Prinz zu Salm-Salm. Der Verband ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW). Er gliedert sich in drei Regionalgruppen: Altmark, Anhalt, Harz und Burgenland.

Waldbesitzerverband Sachsen-Anhalt. e.V.
Münchenhofstr. 33
39124 Magdeburg
Deutschland

www.wbv-sachsenanhalt.de
info@wbvsachsen-anhalt.de
Fon: 0391 - 563 90430
Fax: 0391 - 563 90431

Vorsitzender: Franz Prinz zu Salm-Salm
Geschäftsführer: Björn Hönoch

Registergericht: Amtsgericht Stendal
Registernummer: VR 10613



Waldbesitzerverband
Sachsen-Anhalt